



**Protokoll der 7. Sitzung des Gemeinderats Frauenfeld
vom Mittwoch, 13. Januar 2016, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel

Namensaufruf: 37 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderäte Michael Hefti, Mario Weber, Gemeinderätin Monika Landert

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretärin: Heidi Arnold

- - -

Traktanden

- 35 Persönliche Erklärung von Gemeinderat Andreas Elliker betreffend Abstimmungstermin "Agro Food Innovation Park"
- 36 Mitteilungen
- 37 Protokoll der Sitzung vom 18. November 2015
- 38 Motion betreffend "Teilrevision der Gemeindeordnung" der Gemeinderäte Kurt F. Sieber und Peter Hausammann
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit
- 39 Motion betreffend "Teilrevision Geschäftsreglement für den Gemeinderat" der Gemeinderäte Kurt F. Sieber und Peter Hausammann
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit
- 40 Interpellation betreffend "Hallen-, Frei- und Sprudelbad: Nutzen und Kosten einer tariflichen Benachteiligung von auswärtigen Besucherinnen und Besuchern und mögliche Alternativen" von Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass
ev. Diskussion

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, ich heisse Sie ganz herzlich willkommen zur heutigen Gemeinderatssitzung, der ersten im neuen Jahr, und möchte Ihnen an dieser Stelle nochmals alles Gute für das neue Jahr wünschen. Ich weise Sie darauf hin, dass das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

„Fugit hora sine mora“. Die Zeit verrinnt, ohne innezuhalten. Deshalb packen wir es gleich an. Ich bitte die Ratssekretärin Heidi Arnold, mit Namensaufruf den Appell durchzuführen.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Ratspräsidentin fest, dass 37 Ratsmitglieder anwesend sind. Somit ist der Rat gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 19 Stimmen.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Ich bitte die Fraktion CH/GLP/Grüne um einen Ersatz für das Ratsbüro für Gemeinderat Mario Weber.

Gemeinderat Heinrich Christ: Wir schlagen euch Robin Kurzbein vor.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Vielen Dank. Ich bitte Herrn Kurzbein nach vorne. Somit ist das Ratsbüro wieder komplett.

Die Traktandenliste wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugestellt. Ich stelle die Tagesordnung zur Diskussion. Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen. Gemeinderat Andreas Elliker wünscht, eine persönliche Erklärung abzugeben.

35

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG VON GEMEINDERAT ANDREAS ELLIKER BETREFFEND ABSTIMMUNGSTERMIN "AGRO FOOD INNOVATION PARK"

Gemeinderat Andreas Elliker: Die Abstimmung über den Agro Food Innovation Park wurde von Stadtpräsident Anders Stokholm auf den 28. Februar 2016 vorgesehen, falls der Kantonsrat dieser Vorlage zustimmt. Der Kantonsrat hat der Vorlage zugestimmt. Nun findet diese aber nicht an diesem Datum statt. Meine Situation ist so: Ich habe meine Parteimitglieder zu einer ausserordentlichen Parteiversammlung auf den 22. Januar 2016 eingeladen. Nun muss ich diese Versammlung absagen. Dies ist unschön und verursacht unnötige Arbeit. Ich mache die Arbeit in der Politik in meiner Freizeit. Ich mache diese sehr gern, aber lasse mich sehr ungern unnötig beschäftigen. Liebe Mitglieder des Stadtrats, der Stadtrat sollte mehr auf den Gemeinderat zugehen. Man kann so wirklich meinen, dass man etwas zu verbergen hat. Als Parteipräsident der SVP-Stadtpartei Frauenfeld ist es mir besonders wichtig, dass eine Parteiversammlung die Parolen für eine Volksabstimmung in Frauenfeld fasst. Damit dies die Bevölkerung weiss, bevor die Abstimmungsunterlagen zu Hause sind, muss eine Parteiversammlung etwa fünf Wochen vor der Abstimmung stattfinden. Laut Statuten unserer Partei muss die Einladung drei Wochen vor der Parteiversammlung bei den Mitgliedern sein. Ich habe das Gefühl, man möchte die Parteien

von der Meinungsbildung der Stadt Frauenfeld ausschliessen. Es ist also auch fraglich, ob es sinnvoll ist, dass die Abstimmungsbotschaft nicht mehr vor den Gemeinderat kommt. Wie wird der Gemeinderat darüber informiert, wann eine Abstimmung stattfindet? Meine Forderung ist, dass in Zukunft der Stadtrat sicher die Fraktionspräsidenten, besser auch die Parteipräsidenten drei Monate vor einer Frauenfelder Volksabstimmung orientiert. Somit haben die Parteien genügend Zeit, die Bevölkerung über ihre Meinung zum Geschäft zu informieren. Es ist für mich auch speziell, dass die Abstimmung nicht stattfindet. Es ist in diesem Fall so, dass diese Vorlage nicht gut ausgearbeitet in den Gemeinderat kam und noch nachgebessert werden muss. Ich bin deshalb sehr zufrieden, dass diese Vorlage dank des Behördenreferendums nun vors Volk kommt. Es gibt mir ein ungutes Gefühl, dass man nun sechs Monate braucht, um diese Vorlage vors Volk zu bringen. Dies gibt für mich noch mehr Fragezeichen.

36

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel:

1. Am 11. Dezember 2015 ist die Botschaft Nr. 8 des Stadtrats „Gesamtrevision des Baureglements der Stadt Frauenfeld“ im Extranet aufgeschaltet worden.
2. Die einfache Anfrage von Gemeinderat Andreas Elliker „Personal im Agro Food Innovation Park“ wurde am 17. Dezember 2015 im Frauenfelder Extranet zugänglich.
3. Mit dem Stadtratsbeschluss Nr. 309 wurde die Interpellation von Gemeinderat Herbert Vetter betreffend „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ am 23. Dezember 2015 beantwortet und ebenfalls im Frauenfelder Extranet zugänglich.
4. Mit Schreiben vom 5. Januar hat Gemeinderat Pascal Frey seinen Rücktritt aus der Einbürgerungskommission mitgeteilt.
5. Die Gemeinderäte Stefan Geiges, Andreas Elliker und Susanna Dreyer haben eine Interpellation eingereicht betreffend „Künftige Nutzung der Stadtkaserne als Verwaltungsgebäude“.
6. Gemeinderat Robert Zahnd hat heute Abend eine einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel „Arbeitsvergaben bei der Stadtentwicklung, Standort- und Wirtschaftsförderung“.
7. Die Gemeinderäte Peter Hausammann und Stefan Geiges haben heute Abend eine einfache Anfrage eingereicht betreffend „Geldflüsse Stadt/Wärme Frauenfeld AG“.

37

PROTOKOLL DER SITZUNG VOM 18. NOVEMBER 2015

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Das Protokoll der 5. Sitzung des Gemeinderats wurde am 1. Dezember 2015 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Datum sind keine Änderungen oder Ergänzungen gewünscht worden. Gibt es weitere Bemerkungen zum Protokoll? Das ist nicht der Fall. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Das Protokoll vom 18. November 2015 ist somit genehmigt. Ich danke der Ratssekretärin Heidi Arnold und allen daran Beteiligten.

MOTION BETREFFEND "TEILREVISION DER GEMEINDEORDNUNG" DER GEMEINDERÄTE KURT F. SIEBER UND PETER HAUSAMMANN

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Mit Stadtratsbeschluss Nr. 235 wurde die Motion betreffend „Teilrevision Gemeindeordnung“ der Gemeinderäte Kurt F. Sieber und Peter Hausammann am 6. Oktober beantwortet. Zuerst werde ich dem oder den Motionären das Wort erteilen, danach ist das Wort offen für Voten aus den Fraktionen und für einzelne Gemeinderäte. Anschliessend werden wir über den Antrag des Stadtrats in zwei Teilen abstimmen. Zuerst stimmen wir über die Erheblichkeit ab und danach, wie die Zuweisung des Geschäfts erfolgen soll. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Auch das scheint der Fall zu sein. Besten Dank.

Gemeinderat Kurt F. Sieber, Referent im Namen der Motionäre: Wie in der Motion bereits ausgeführt wurde, ist eine Teilrevision der Gemeindeordnung gerechtfertigt. Alle Anpassungen betreffen Behörden- und Verwaltungsreform, Begriffsänderung von Stadtammann in Stadtpräsident, und die Motion „Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte“ sowie die Entschlackung der Gemeindeordnung können somit ebenfalls berücksichtigt werden. Die Behörden- und Verwaltungsreform hat eine grössere Verschiebung der Arbeitspensen in den Geschäftsprüfungskommissionen ergeben, und es dürfte sich lohnen, die zukünftige Gestaltung der GPKs, Beibehaltung des Ist-Zustands oder Schaffung einer zusätzlichen GPK ins Auge zu fassen, damit jedes Departement über eine GPK verfügt. Bei der letzten Revision vor über fünf Jahren wurden nur wenige Themen angepasst, dies stellt somit kein Hindernis für eine erneute Teilrevision dar. Die Auffassung teilt auch der Stadtrat im Antrag an den Gemeinderat. Deshalb ersuche ich Sie, die Motion als erheblich zu erklären. Falls diese Motion erheblich erklärt wird, würden die Motionäre es begrüssen, wenn die Teilrevision einer Spezialkommission zugewiesen würde.

Gemeinderat Heinrich Christ, Referent der Fraktion CH/Grüne/Grünliberale: Unsere Fraktion unterstützt diese Motion und ist für Erheblicherklärung. Sowohl die angedachte Entschlackung erscheint uns sinnvoll, als auch das Überprüfen der Zahl und der Aufgaben der GPKs. Es zeigt sich gerade in der GPK Bau, Werke, Anlagen, in der ich selbst dabei sein darf, dass wir ein sehr grosses Tätigkeitsgebiet zu überprüfen haben. Es geht vom Bau über Stadtbuss über Strassen, über die Werkbetriebe bis hin zu Casino, Hallenbad und Eisbahn. Wenn wir ehrlich sind, überfordert uns diese Menge manchmal und wir müssen sehr grosse Geschäfte parallel zueinander behandeln. Ich denke, es ist im Interesse aller, wenn man hier über andere Lösungen nachdenkt.

Gemeinderat Alex Blumer, Referent der Fraktion FDP: Wir erachten die Motion „Teilrevision der Gemeindeordnung“ als nicht erheblich. Dies hat verschiedene Gründe. Vor gerade erst fünf Jahren fand die letzte Gesamtrevision der Gemeindeordnung statt. Abgesehen von einer redaktionellen Anpassung beim Namen der GPK Gesellschaft und Gesundheit sind aus unserer Sicht keine Anpassungen vonnöten. In Anbetracht des unnötigen bürokratischen Aufwands und einer daraus resultierenden notwendigen Volksabstimmung wird die Fraktion FDP die Erheblichkeit der Motion einstimmig ablehnen. Die Fraktion FDP befindet, sofern die Motion als erheblich erklärt würde, die Motion nicht der erwähnten Spezialkommission zuzuweisen, sondern der GPK Finanzen und Administration. Dies aus folgenden Gründen: Die eingesetzte Spezialkommission, die den Auftrag gefasst hat, die Regeln zur Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte

festzulegen, kann nicht einfach so benutzt werden, um zeitgleich auch über andere Geschäfte zu beraten. Der Gemeinderat könnte dies zwar beschliessen, doch macht dies aus unserer Sicht wegen folgender Punkte keinen Sinn: Die Inhalte der Motion sind weder besonders komplex, arbeitsintensiv noch politisch bedeutsam. Dies im Gegensatz zu der vor wenigen Jahren erfolgten Totalrevision der Gemeindeordnung. Gemäss Reglement werden Geschäfte grundsätzlich der GPK Finanzen und Administration zugewiesen, sofern nicht eine andere GPK dafür zuständig ist, Art. 10 Abs. 1 Ziff. e usw. des Geschäftsreglements). Beide Motionäre und alle Fraktionen sind in der GPK Finanzen und Administration vertreten. Eine Kommission aus sieben Personen arbeitet zudem effizienter und effektiver als eine Kommission aus elf Personen. Ich danke im Namen der Fraktion FDP für Ihre Unterstützung.

Gemeinderat Samuel Kienast, Referent der Fraktion CVP/EVP: Im Sinne einer Zeitersparnis spreche ich gleich für beide Motionen. Die Fraktion CVP/EVP unterstützt beide Motionen einstimmig, sowohl die Teilrevision der Gemeindeordnung als auch, was wir gleich nachher behandeln werden, die Teilrevision zum Geschäftsreglement für den Gemeinderat. Wir werden beide für erheblich erklären und unterstützen auch den Vorschlag zur Zuweisung des Geschäfts an die Kommission zur Übertragung von Aufträgen an Dritte. Wir erachten dies als effizient und sinnvoll. Einzig den Vorschlag zu einer möglichen Aufteilung der GPK Bau, Werke und Anlagen empfinden wir im Gegensatz zu Heinrich Christ zum jetzigen Zeitpunkt als unnötig und nicht sinnvoll.

Gemeinderat Kurt F. Sieber, Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion SVP/EDU ist einstimmig für die Erheblichkeitserklärung und für die Zuweisung an eine Spezialkommission. Es wäre am einfachsten, wenn die bestehende Sonderkommission Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte auch mit dieser Aufgabe betraut würde und somit eine Auftragsenerweiterung erfahren würde. Diese Spezialkommission ist noch breiter politisch abgestützt als die GPK Finanzen und Administration.

Gemeinderat Lukas Hefti, Referent der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wie die Motionäre und auch der Stadtrat bekräftigen, ist eine Teilrevision der Gemeindeordnung notwendig. Wegen der voraussichtlich anstehenden Anpassungen im Zuge der Motion „Übertragung öffentlicher Aufgaben an Dritte“ erachten wir die zeitliche Abstimmung dieser beiden Vorhaben als prioritär. Wir sind der Meinung, dass die Aufgabe einer noch nicht bestehenden und schlanken Spezialkommission übertragen werden soll. Wir könnten allenfalls auch leben mit der Übertragung an die GPK Finanzen und Administration.

Inhaltlich sind wir vor allem bei einem Vorschlag nicht einig mit den Motionären. Die Änderung oder Streichung des Artikels 46 der Gemeindeordnung birgt aus unserer Sicht auch Risiken. Der Rat könnte die Zahl der GPKs beispielsweise ähnlich wie im Gemeindeparlament in Arbon auf nur eine Kommission reduzieren. Eine solche Entwicklung würde viele Gemeinderäte um die Gestaltungsmöglichkeiten in Kommissionen bringen und andererseits einen Zweistufenrat schaffen. Auf die Gefahr hin, dass ich mir jetzt widerspreche, es mag die Zeit kommen, in der es richtig ist, eine zusätzliche GPK einzusetzen. Wir sehen allerdings dafür im Moment keinen Bedarf. Die GPK Bau, Werke, Anlagen hat nicht übermässig viele Geschäfte zu behandeln. Kommt dazu, dass die vorgeschlagene Aufteilung auch die eng verbundenen Arbeitsbereiche Tiefbau und Werke trennen würde. Unsere Fraktion ist für Erheblichkeitserklärung der Motion.

Gemeinderat Fredi Marty: Ich teile die Meinung der FDP-Fraktion in keinsten Weise und ich bin überrascht über die defensive Haltung der SVP/EDU-Fraktion. Unsere beiden Kollegen Peter Hausmann und Kurt Sieber haben sich redlich bemüht, mit ihrer Motion zur Teilrevision der Gemeindeordnung ein paar dringende Änderungen anzuregen. Die Begründung ist für mich nachvollziehbar, sie enthält berechtigte Verbesserungsvorschläge. Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass die beiden Motionäre eine Chance verpasst haben. Ihr Anstoss geht mir viel zu wenig weit. Meine Vorstellung ist die Rückkehr zu einer volksnahen Stadtverfassung, wie wir sie vor den Teilrevisionen 2010 und 2011 noch hatten. Die Volksrechte in der Gemeindeordnung der Stadt Frauenfeld müssen wieder gestärkt werden. Am meisten stört mich, dass dem Gemeinderat die Genehmigung des jährlichen Voranschlags einschliesslich des Steuerfusses obliegt. Das fakultative Referendum mit 500 Unterschriften der Stimmberechtigten oder das Behördenreferendum mit 12 Stimmen unseres Rats sind schwache demokratische Instrumente. So wird dieses von vielen geschätzte Volksrecht, eben über das Budget abzustimmen, ausgehebelt. Nun haben wir schon zum zweiten Mal ein Budgetdefizit von gegen 1,7 Mio. Franken verabschiedet. Der Gemeinderat wird, wie der Stadtrat auch, in Zukunft nicht bereit sein, einschneidende Sparmassnahmen zu beschliessen. Eine Steuererhöhung in zwei, drei Jahren wird die unabänderliche Folge dieser unverantwortlichen Finanzpolitik sein. Deshalb müssen wir früher die direkt betroffenen Stimmbürger, nämlich die allermeisten Frauenfelder Steuerzahler das letzte Wort zum Budget samt Steuerfuss haben. Das obligatorische Referendum muss wieder in der Gemeindeordnung verankert sein, wie dies zum Beispiel in vergleichbaren Städten wie Aarau oder Baden der Fall ist. In Baden wenigstens dann, wenn der Steuerfuss geändert wird. Wir müssen diese Finanzkompetenz dem Volk zurückgeben, weil wir hier in unserem Rat nicht bewiesen haben, dass wir gewillt sind, für die finanzielle Zukunft unserer Stadt und ihrer Bevölkerung ausreichend Sorge zu tragen. Auch über die drei Geschäftsprüfungskommissionen sollten wir kritisch nachdenken. Wenn 21 Mitglieder dort Einsitz haben, kommt das einer Zweiteilung des Rats gleich, wobei die verbliebenen 19 Mitglieder deutlich weniger Macht und Kompetenzen haben. Deshalb müssen wir zurück zu einer siebenköpfigen GPK, in der die Fraktionen angemessen vertreten sind. Dies ermöglicht ein effizienteres Schaffen im Rat, die Stadtkanzlei wird von unnötigen Wortprotokollen entlastet und letztlich sparen wir über eine ganze Amtsdauer viel Geld ein. Besonders erschreckt hat mich, was im gestrigen TZ-Artikel „Mehr Zeit für den Innovationspark“ geschrieben stand. Demnach muss der Stadtrat gemäss aktueller Gemeindeordnung die Abstimmungsbotschaft nicht mehr dem Gemeinderat vorlegen. Nehmen Sie es mir nicht übel, geschätzte Damen und Herren des Stadtrats, aber ich traue Ihnen die Vorlage einer ausgewogenen Abstimmungsbotschaft nicht zu. Bei einem umstrittenen Geschäft dieser Tragweite muss der Gemeinderat zwingend einbezogen werden. Die Stimmberechtigten müssen Gewähr haben, dass sie über Botschaften abstimmen, die vom Gemeinderat beraten und gemäss den demokratischen Kräfteverhältnissen angepasst wurden, also breit abgestützt sind.

Schliesslich noch ein Gedanke zur Einreichung und Behandlung einer Initiative. Art. 12 Ziff. 3 GO bestimmt: „Stellt der Gemeinderat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüber, ist jene Vorlage angenommen, für die sich die Mehrheit ausgesprochen hat.“ Die Bestimmungen des übergeordneten kantonalen Rechts mit dem doppelten Ja und dem ominösen Chrüzlistich müssen hier erwähnt werden, sonst führt das zu Missverständnissen wie bei der Lohninitiative im November 2013. Damals war vielen Stimmberechtigten nicht klar, wie sie abstimmen müssen. Viele meinten, es reiche aus, ja oder nein zu stimmen und unterliessen es, unten das Kreuz bei der bevorzugten Vorlage hinzusetzen. So kam es zu dem bekannten eigenartigen Ausgang bei dieser Abstimmung, mehr Ja-Stimmen für die Initiative, aber mehr Kreuzchen für den Gegenvorschlag, der obsiegte. Solche Unklarheiten müssen in Zukunft vermieden werden, und zwar sowohl in der Gemeindeordnung als auch auf dem Abstimmungszettel. Aufgrund der vorstehenden Erwägungen beantrage ich Ihnen, die Motion, wie es der Stadtrat dem Gemeinderat vor-

schlägt, erheblich zu erklären und die Bearbeitung einer Spezialkommission zu überweisen. Ich würde mir aber wünschen, dass ein weiter gefasster und klarer Auftrag einfließen möge. Nämlich der: „Die Spezialkommission wird bei der Ausarbeitung einer Vorlage zur Teilrevision der Gemeindeordnung darauf verpflichtet, die Volksrechte zu stärken und mit den aktuell nötigen redaktionellen und materiellen Anpassungen so wieder herzustellen, wie dies vor den Änderungen vom 13. Juni 2010 und 15. Mai 2011 der Fall war. Insbesondere muss das Budget samt Steuerfuss wieder dem obligatorischen Referendum unterstellt werden.“ Das ist als Antrag leider nicht möglich, aber es wäre meines Erachtens dringend nötig, dass die Spezialkommission oder welche Kommission auch immer auf dieses Anliegen Rücksicht nimmt.

Gemeinderat Peter Hausammann: Ich erlaube mir einige Bemerkungen zum letzten Votum von Kollege Marty. Das hatte gute Inputs, gerade die Geschichte mit dem Verfahren über die Initiative, das habe ich mir auch aufgeschrieben. Das müssen wir sicher anschauen. Generell können Gemeinderäte und die Fraktionen, das steht auch in der Begründung der Motion, Vorschläge und Inputs in das Verfahren einbringen. Das ist vielleicht auch ein Grund, weshalb eine Spezialkommission mit mehr Mitgliedern besser ist, damit man das dort einbringen kann. Es ist eben so eine offene Motion, es ist nicht eine, wie Sie es jetzt vorschlagen. Wenn Sie wollen, dass man wieder zum alten Recht für den Voranschlag zurückgeht. Dann müsste man halt auch eine entsprechende Motion machen. Das könnten Sie, dann wäre nur das der Punkt. Dann wird im Rat entschieden, ob man das erheblich erklärt oder nicht. In diesem Zusammenhang muss ich Ihnen aber ganz entschieden widersprechen.

Sie haben begonnen unter diesem Aspekt, dass man mit der letzten Revision die Volksrechte abgebaut hat. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Abgebaut wurde der Punkt, dass man das Budget nicht mehr obligatorisch, sondern nur noch fakultativ dem Volk vorlegt. Das ist aber eine kleine Einschränkung und war insbesondere deshalb gerechtfertigt, weil man bei den Abstimmungen salopp gesagt nordkoreanische oder russische Verhältnisse mit 90, 92, 89 Prozent hatte. Dieser kleine Punkt ist kein Problem. Man hat es ja vor einem Jahr gesehen, wie easy Kollege Gemperle im Alleingang die Unterschriften bekommen hat. Dafür wurden die Volksrechte massiv ausgebaut – in kleinen und in grösseren Teilen. Bis vor der Revision gab es nicht einmal eine saubere Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Parlament. In Bezug auf die Gesetzgebung hatten wir und damit das Volk mit dem fakultativen Referendum praktisch nichts zu legiferieren. Jetzt haben wir eine grundlegende allgemeine Gesetzgebungskompetenz mit dem fakultativen Referendum. Beim fakultativen Referendum wurde zudem die Frist von 30 auf 45 Tage erhöht. Jetzt kann wirklich niemand mehr sagen, ich bringe die 500 Unterschriften nicht mehr zusammen. Wenn etwas mehr als einen oder zwei Gemeinderäte juckt, wenn es wirklich ein bisschen ein Problem ist, dann bringt man diese Unterschriften zusammen, sogar im tiefsten Winter.

Der dritte Punkt ist das Behördenreferendum. Man kann nicht einfach sagen, das ist nichts. Zwölf Leute und dann muss man nicht einmal Unterschriften sammeln und dann kommt das Volk. Das darf man nicht "vernünftige".

Ein weiterer ganz wichtiger Punkt, ich weiss nicht, ob Sie sich daran erinnern mögen Kollege Marty, aber Sie haben das schon vor 15 oder 18 Jahren zu Recht massiv kritisiert – und ich auch und noch ein paar andere –, nämlich dass die Praxis herrschte, nicht nur die Praxis, die legale Praxis, dass man mit der Botschaft einfach Kredit um Kredit um Kredit durchjassete und durchwinkte. Das geht nicht mehr. Da hat man gesagt: Stopp, fertig, es braucht separate Vorlagen ab einer bestimmten Summe. Jedes Mal kommt eine separate Vorlage auf den Tisch, die wir und

das Volk anschauen und beurteilen können. Das ist sehr wichtig und das ist ein ganz entscheidender Ausbau.

Vielleicht noch als letzten Punkt das mit der Abstimmungsbotschaft. Da muss man etwas klarstellen, das war auch falsch in der Zeitung. Es ist nicht so, dass ein Recht abgeschafft wurde. Der Gemeinderat hatte noch nie die Kompetenz, die Abstimmungsbotschaft zu erlassen. Wenn er diese Kompetenz haben will oder haben müsste, müsste das in der GO sein, weil gemäss GO alles, was nicht im Gemeinderat oder einer anderen Behörde ist, beim Stadtrat liegt. Der Stadtrat hat das ja eine Weile freiwillig und kulanterweise hier in den Gemeinderat gebracht. Man kann nun natürlich im Rahmen der Diskussion die wir in der Kommission haben werden, über diesen Punkt wieder diskutieren. Wir haben das in der GPK diskutiert. Es ist nicht so lange her, dass der damalige Stadtammann das hier im Rat aufgenommen hat und gesagt hat, dass er das in Zukunft mit dem Stadtrat so handhaben wird, wie er es jetzt handhabt. Damals hat im Rat niemand etwas gesagt. Man kann es aber wieder diskutieren. Nur denken Sie daran, wie sollen wir gerade beim AFIP oder bei einem anderen umstrittenen Projekt zu vierzigst eine gute Abstimmungsbotschaft machen, wenn wir zwei diametral unterschiedliche Meinungen haben? Das muss man mir erst einmal erklären. Aber als Kompromiss bestünde allenfalls die Möglichkeit, dass man eine Genehmigungspflicht macht, dass wir sagen, wir sagen dazu ja, oder wir sagen dazu Nein, da hat es zu viele Böcke auf die eine oder andere Seite drin und weisen das zurück. Das muss man diskutieren. Aber der Grundsatz ist, mit der letzten Revision – es war übrigens eine Teilrevision und nicht eine Totalrevision – wurden die Volksrechte insgesamt deutlich und stark ausgebaut.

Gemeinderat Fredi Marty: Nur ganz kurz zu Kollege Hausammann. Ich sehe das mit den Volksrechten, die ausgebaut wurden, nicht so. Was Sie gesagt haben mit 90, 92 Prozent Ja-Stimmen zum Budget seien russische oder koreanische Verhältnisse, das war so, als die Finanzlage noch gut war. Wenn Sie heute die Leute fragen – schlechte Finanzlage, es werden Defizite geschrieben – hätten vielleicht die Steuerzahler oder Stimmberechtigten gern wünschbare Rechte. Und so einfach ist es nicht, 500 Unterschriften zu sammeln. Bis jemand ein fakultatives Referendum ergreift, braucht es eine relativ hohe Hürde. Diese Gemeindeordnung so zu revidieren, kommt von mir aus gesehen einem Flickwerk gleich, das eigentlich nicht viel bringt. Wir sollten die Chance jetzt nutzen, diese Stadtverfassung richtig zu revidieren, und das wäre aus meiner Sicht etwas anderes als Sie vorsehen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Die Frage ist, was ist richtig?

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Werden weitere Wortmeldungen aus dem Rat gewünscht? Wird das Wort seitens des Stadtrats gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Abstimmung über die Erheblichkeit

Die Motion wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen für erheblich erklärt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wir besprechen nun die Zuweisung des Geschäfts. Gibt es Vorschläge aus dem Rat?

Gemeinderat Alex Blumer, Referent der Fraktion FDP: Ich betone noch einmal, wir sind ganz klar der Meinung, dass dieses Geschäft der GPK Finanzen und Administration zugewiesen werden muss. Ich habe das vorhin schon ausführlich erläutert.

Gemeinderat Kurt F. Sieber: Im Namen der Motionäre und der Fraktion SVP/EDU beantrage ich, dieses Geschäft der Sonderkommission „Auslagerung Aufgaben an Dritte“ zu übertragen und um diese Aufgabe zu erweitern.

Abstimmung: Gegenüberstellung der beiden Anträge

Antrag der Fraktion FDP (Zuweisung an die GPK Finanzen und Administration):	9
Antrag Sieber (Spezialkommission):	28

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Somit wird das Geschäft der bereits bestehenden Spezialkommission überwiesen.

39

MOTION BETREFFEND "TEILREVISION GESCHÄFTSREGLEMENT FÜR DEN GEMEINDERAT" DER GEMEINDERÄTE KURT F. SIEBER UND PETER HAUSAMMANN BERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG ÜBER ERHEBLICHKEIT

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Auch hier schlage ich Ihnen die gleiche Vorgehensweise wie beim vorherigen Traktandum vor. Nach den Voten der Motionäre, aus den Fraktionen und einzelner Gemeinderäte und Gemeinderätinnen werden wir zuerst über die Erheblichkeit, danach wiederum über die Zuweisung abstimmen. Sind Sie damit wiederum einverstanden? Das scheint der Fall zu sein.

Gemeinderat Kurt F. Sieber, Referent im Namen der Motionäre: Wie in der Motion bereits ausgeführt wurde, ist eine Teilrevision des Geschäftsreglements des Gemeinderats gerechtfertigt. Alle Anpassungen betreffen Behörden- und Verwaltungsreformen, Begriffsänderung von Stadtmann auf Stadtpräsident, und die Motion „Übertragung von öffentlichen Aufgaben an Dritte“ wie auch die Aufgabe des Büros des Gemeinderats, die Fraktionsvertretungen und Einreichung von Geschäften ohne Antrag des Stadtrats, der Zeitpunkt der Eingabe von parlamentarischen Vorstößen und die Organisation des Gemeinderats können somit ebenfalls berücksichtigt werden. Diese Auffassung teilt auch der Stadtrat im Antrag an den Gemeinderat. Deshalb ersuche ich Sie, die Motion als erheblich zu erklären. Falls die Motion als erheblich erklärt wird, wäre eine Zuweisung an das gleiche Gremium wie die Teilrevision der Gemeindeordnung sinnvoll, damit der Abgleich dieser beiden Reglemente sichergestellt wird.

Gemeinderat Herbert Vetter, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Mein Votum ist etwa gleich kurz wie die Motionsbeantwortung des Stadtrats. Betreffend den Revisionsvorschlägen der Motionäre haben wir zwei Anmerkungen: Die erste betrifft den Artikel 31. In Punkt 6 wird vorgeschlagen, dass Ratsmitglieder das

Votum auch in Dialekt halten können. Da sind wir dagegen. Die Amtssprache soll weiterhin Schriftsprache sein. Gut finden wir, dass der Artikel 39 neu umfasst werden soll. Gerade das Beispiel der Einbürgerungskommission letzten Frühling hat für Verwirrung gesorgt. Wir werden die Motion für erheblich erklären.

Vize-Gemeinderatspräsidentin Ursula Duewell, Referentin im Namen der FDP-Fraktion:

Die Teilrevision des Geschäftsreglements kann erst nach der für die Teilrevision der Gemeindeordnung notwendigen Volksabstimmung verabschiedet werden. Zu den von den Motionären beantragten Änderungen möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Zum Beispiel die Führung einer Liste der hängigen parlamentarischen Vorstösse macht wenig Sinn, da bereits das Ratspräsidium unter Artikel 5 beauftragt wird, ein Verzeichnis über den Eingang und die Erledigung der Ratsgeschäfte zu führen und hierfür die Dienste des Ratssekretariats in Anspruch genommen werden können. Solche Doppelspurigkeiten dürfen nicht vorkommen. Auch müssen unerledigte Vorstösse gemäss Art. 42 im Geschäftsbericht aufgelistet werden.

Unter Punkt 4 steht heute: „Die Fraktionen sind bei der Wahl des Ratspräsidiums und der Kommission angemessen zu berücksichtigen.“ Da die Anzahl und die Stärke der Fraktionen nach jeder Wahl ändern können, werden deshalb immer Diskussionen nötig sein, und wir erachten es als sehr wichtig, dass zu Beginn der Legislatur Gespräche stattfinden. Dies fördert den Zusammenhalt der Fraktionen.

Wir sind auch der Meinung, dass es nicht notwendig ist, einen zusätzlichen Artikel zu verwenden, der Rücktrittsschreiben von Ratsmitgliedern umschreibt. Aber auch wir sind dafür, dass neu die Ansprache definiert wird und wir stimmen den Motionären zu, dass die einzelnen Ratsmitglieder weiterhin frei sind, in Dialekt zu sprechen.

Ich habe die dritte Seite vergessen. Einer der wichtigsten Punkte betrifft die Organisation des Gemeinderats. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass die Bau, Werke, Anlagen auch weiterhin zusammengehören. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die GPK weiterhin für alles zuständig ist. Sollten die Werkbetriebe einmal verselbstständigt werden, wird ein Teil der Arbeit wegfallen.

Die Fraktion FDP ist einstimmig dafür, dass die Motion als erheblich erklärt wird.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Die Diskussion scheint erschöpft zu sein. Wird das Wort vonseiten des Stadtrats gewünscht? Auch das ist nicht der Fall.

Abstimmung über die Erheblichkeit

Die Motion wird einstimmig für erheblich erklärt.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Nun stimmen wir über die Zuweisung des Geschäfts ab. Gibt es Vorschläge?

Gemeinderat Kurt F. Sieber: Ich bin der Auffassung, dass die gleiche Kommission beauftragt wird, damit der Abgleich zwischen diesen Reglementen sichergestellt ist.

Abstimmung

Das Geschäft wird mit einstimmigem Abstimmungsresultat der Spezialkommission zugewiesen.

39

INTERPELLATION BETREFFEND "HALLEN-, FREI- UND SPRUDELBAD: NUTZEN UND KOSTEN EINER TARIFLICHEN BENACHTEILIGUNG VON AUSWÄRTIGEN BESUCHERINNEN UND BESUCHERN UND MÖGLICHE ALTERNATIVEN" VON GEMEINDERAT BENJAMIN STRICKER ZIRFASS

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: An der Sitzung vom 18. Februar 2015 wurde diese Interpellation eingereicht, welche von 13 Ratsmitgliedern unterzeichnet und mit Stadtratsbeschluss Nr. 233 vom 29. September 2015 beantwortet worden ist.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass: Bringt's ein Auswärtigenzuschlag auf die Eintrittspreise der Badi eigentlich oder gibt es möglicherweise wirksamere Massnahmen? Die vorliegende Interpellation forderte Antworten auf diese Frage und schlug Alternativen vor. Für die Beantwortung eines Teils der Fragen bedanke ich mich beim Stadtrat und beantrage eine kurze Diskussion.

Abstimmung

Die Diskussion gemäss Gemeindereglement Art. 44 Abs. 3 wird einstimmig gewünscht.

Gemeinderat Ernst Rüsi, Referent im Namen der FDP-Fraktion: Wir danken Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass für das Einreichen der Interpellation. Folgende Zeilen des Interpellanten haben in unserer Fraktion zu Unverständnis geführt: „Grundsätzlich verstehen wir die Bestrebungen zu einer moderaten Erhöhung des Kostendeckungsgrads unseres Bads. Wir sind jedoch der Überzeugung, dass neben einer unsolidarischen und in unserem Gemeinwesen unwürdigen tariflichen Auswärtigenstrafe auch andere Ansätze eine Prüfung verdienen.“ Ist es unsolidarisch und unwürdig, wenn die 63,6 Prozent der Bäderbesucher, welche in Frauenfeld keine Steuern bezahlen, einen moderaten Anteil zum Kostendeckungsbeitrag leisten? Oder umgekehrt: Ist es solidarisch und würdig, wenn die 36,4 Prozent der Frauenfelder Bäderbesucher und Steuerzahlenden nebst den gleichen Eintrittspreisen wie die auswärtigen Besucher auch noch ihren Steuerbeitrag zur Deckung der Bäderkosten bezahlen und die übrigen 63,6 Prozent der Frauenfelder, welche die Bäder nicht besuchen, mit den Steuergeldern die auswärtigen Bäderbesucher subventionieren?

Ein paar Angaben zu den Zahlen der Bäder: Ausgaben 2015: 2,52 Mio. Franken, Einnahmen 2015: 1,48 Mio. Franken. Dies entspricht einem Deckungsbeitrag von 59 Prozent. Seit 1999 wurden keine preislichen Anpassungen mehr gemacht. Die Eintrittspreise betragen aktuell für Erwachsene 6 Franken, das Jahresabo kostet 220 Franken. Der Indexanstieg seit 1999 entspricht 10 Prozent. Beim Preisvergleich bei gleichgelagerten Hallenbädern mit Frauenfeld entspricht der Eintrittspreis Fr. 7.40, das ist rund 20 Prozent höher als in Frauenfeld. Das steht auch in der Tabelle der Interpellation. Wenige Bäder haben bereits Preisdifferenzen zwischen einheimischen und fremden Besuchern eingeführt. Auch der Trend zeigt in diese Richtung. Ich wiederhole mich. 36,4 Prozent der Besucherinnen und Besucher stammen aus Frauenfeld, 63,6 Prozent aus der übrigen Schweiz. Ich habe das pauschal aufgeschrieben, es ist in der Tabelle noch einzeln in Region, Kanton und übrige Schweiz aufgeführt.

Die vorgesehene Erhöhung der Preise, Einzeleintritt von 6 Franken auf 7 Franken, das Elferabo von 60 Franken auf 70 Franken für alle Bäderbesucher, also Einheimische und übrige Schweiz und andere Länder auch. Jahresabo von 220 Franken auf 275 Franken. Bei diesem Abo ist für die Einheimischen ein Rabatt von ca. 15 Prozent vorgesehen, was dann einem Nettopreis für die Einheimischen von 235 Franken gleichkommt. Zufolge der Preisaufschläge wird ein kurzfristiger Besucherrückgang von fünf bis zehn Prozent vorgesehen. Trotz des leichten Besucherrückgangs wird mit Mehreinnahmen zwischen 120'000 Franken und 180'000 Franken gerechnet. Der Deckungsgrad soll mit den genannten Massnahmen von 59 auf 65 Prozent steigen. Nach dem Umbau der Badi, der ja in den nächsten Jahren bevorsteht, sollte über eine weitere Verbesserung des Deckungsgrads diskutiert werden. Gewünscht wären künftig Unterstützungsgelder durch die umliegenden Gemeinden. In diesem Zusammenhang finden wir auch die Stossrichtung gut, dass sich Gemeinden an der Badi beteiligen können und deren Bewohner dann dafür auch von den gleichen Tarifen, wie die Frauenfelder profitieren könnten. Oder auch wünschenswert wäre, aber das liegt nicht in der Kompetenz des Gemeinderats, dass der kantonale Finanzausgleich für Zentrumslasten wie die Badi einen Beitrag anrechnet. Trotz der höheren Preise lediglich auf dem Jahresabo für Auswärtige profitieren diese von den Subventionen der Steuerzahlenden der Stadt Frauenfeld, also eine weitere Bevorzugung.

Zum Schluss noch die Bewirtschaftung der Parkplätze, was vom Interpellanten auch noch aufgeführt wurde: Ein Pilotversuch läuft im Quartierverein Kurzdorf. Die Bewirtschaftung im Bereich der Sportanlagen wird im Rahmen dieser Kompetenzerarbeitung geprüft.

Die Fraktion der FDP Frauenfeld unterstützt einstimmig den Vorschlag des Stadtrats aus Würde und Solidarität zur Frauenfelder Bevölkerung.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Eigentlich hätte der Interpellant zuerst das Wort gehabt, ich bitte ihn, sich nochmals zu melden.

Gemeinderat Benjamin Stricker Zirfass: Mein Fazit, das ich aus der Beantwortung des Stadtrats gezogen habe, ist in der Tat nicht, dass hier von einer schlimmen, schlimmen Auswärtigenstrafe geredet werden könnte. Mein Fazit ist, die Badipreise steigen einfach für alle. Diesen stadträtlichen Entscheid verstehe ich angesichts der Tatsache, dass heutzutage wohl niemand mehr unser Bad aufsuchen muss, bloss weil er dreckig ist, und das dürfte für Einheimische ebenso gelten wie für Auswärtige. Es ist also ein Vergnügen, das man sich leisten will oder eben nicht. Mit den neuen Preisen verkommt die befürchtete Auswärtigenstrafe meines Erachtens zum schwach erhobenen Mahnfinger, welcher den treuen auswärtigen Gästen in Erinnerung hält, dass sie nicht hier Steuern zahlen. Als Gachnangerin, Wellhauser oder Thundorferin zahlt man neu ja lediglich wie erwähnt nur für die Saison- und Jahresabos erheblich mehr als die Einheimischen. Und auch das macht im Haushaltsbudget des Einzelnen wohl nicht wahnsinnig viel

aus. Die erwarteten 150'000 Franken Mehrertrag stammen also weiterhin genauso von uns wie von unseren auswärtigen Gästen. Ob sich angesichts dieser Tatsache der administrative Mehraufwand für die Kontrolle der Ausweise lohnt, möchte ich einmal dahinstellen. Was meiner Meinung nach von der Aktion bleibt, ist ein kleinliches Signal wider den Gemeinsinn. Ich kann mir da nicht helfen. Und dieses Signal sendet die Hauptstadt an die Gemeinden der Regio, aus der Regio stammen immerhin zwei Drittel der Besucher unseres Bads. Was machen wir damit? Wirklich wirksam abkassieren bei den auswärtigen Gästen ist an der Badikasse administrativ also zu aufwendig, das lese ich zwischen den Zeilen der Beantwortung. Wegzoll erheben respektive endlich Parkgebühren verlangen will die Stadt aber auch noch nicht so ganz, weder auf dem hinteren Badiparkplatz noch bei anderen Sportstätten. Ich weiss, dass das dennoch in Aussicht steht. Doch dieses Mittel des Wegzolls ist nicht nur seit Jahrhunderten bewährt, sondern hätte meines Erachtens auch ein paar erhebliche Vorteile. Da sehe ich zufriedener Besucherinnen und Besucher, ich sehe weniger Freizeitverkehr auf unseren gebeutelten Strassen, ich sehe mehr Ruhe im Quartier und natürlich sehe ich auch, wenn meine Milchbüchleinrechnung stimmt, mehr Geld in der Stadtkasse. Mit dieser Lösung läge es dann im Ermessen unserer auswärtigen Gäste, ob sie mit der Anreise per ÖV oder Velo einen Beitrag zu ihrer Gesundheit oder mit dem Füttern der Parkuhr einen hoffentlich saftigen Beitrag in die Frauenfelder Stadtkasse leisten wollen.

Gemeinderat Heinrich Christ: Ich möchte mich ganz kurz zum Votum aus der FDP äussern. Ich muss mich schon sehr wundern. Ist Ihre Partei, die zu Recht stolz darauf sein darf, dass sie vor rund 150 Jahren den Bundesstaat massgeblich aufgebaut hat, ist Ihre Partei, die dafür gesorgt hat, dass man sich in der Schweiz frei bewegen kann, dass Wirtschaftsfreiheit herrscht, dass man nicht darauf reduziert wird, woher man kommt, sondern dass man sich eben frei bewegen kann ... Freisinn hiess damals noch sich frei bewegen zu dürfen. Ich verstehe nicht ganz, wieso Sie jetzt bei der Badi damit anfangen wollen, diese wertvolle Errungenschaft wieder kaputtzumachen. Ich darf Sie auch daran erinnern, dass dieses freie Bewegen in der Schweiz ganz massgeblich dazu beigetragen hat, diesen Wohlstand, den wir heute geniessen dürfen, zu schaffen. Auch die Anknüpfung an die Steuern verstehe ich nicht ganz. Wir können nicht damit anfangen zu argumentieren, nur wer Steuern zahlt, darf etwas nutzen. Dann müssen wir nämlich auch daran denken, dass viele Frauenfelder keine Steuern zahlen. Wenn wir so denken, dass der, der mehr Steuern zahlt, auch mehr von den öffentlichen Gütern gebrauchen darf, ich glaube, dann ziehen wir unserem Gemeinwesen wirklich den Boden weg. Wir entscheiden heute ja nicht, aber ich bitte Sie, sich auch künftig ein bisschen an Ihre Wurzeln zu erinnern.

Gemeinderat Pascal Frey, Referent im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/JUSO: Wir sehen, dass mit der geplanten Anpassung der Tarife der Kostendeckungsgrad voraussichtlich auf 65 Prozent erhöht werden kann. Dies finden wir grundsätzlich gut und nachvollziehbar. Anders sieht es mit der Abstufung aus. Wir fragen uns grundsätzlich, ob mit den Aussengemeinden das Gespräch gesucht wurde, ob sie allenfalls bereit wären, einen Beitrag zu bezahlen. Es wäre dann ja auch möglich, dass diejenigen aus sogenannten beitragswilligen Gemeinden den Einheimischentarif bekommen und so nicht alle Gemeinden mitziehen müssten. Was uns ausserdem stört, ist die geplante Diskriminierung. Und zwar werden rund 50 Prozent der einheimischen Besucher, welche ihren Besuch mit einem Einzeleintritt oder einem Elferabo bezahlen, diskriminiert. Dies finden wir falsch. In der Antwort wird zwar darauf hingewiesen, dass es zu einem übermässigen Kontrollaufwand führen würde. Wir finden das pragmatisch, aber nicht gerecht. Uns sind in der Diskussion in der Fraktionssitzung mehrere Lösungen in den Sinn gekommen, die durchaus praktikabel wären. Zum Beispiel könnte eine einheimische Besucherin, um den tiefen Tarif zu bekommen, an der Kasse anstehen und dort einen allenfalls extra dafür angefertigten Ausweis vorzeigen, damit sie den günstigeren Tarif bekommt. Wenn sich dann eine Schlange bildet, ist allen selbst überlassen, ob sie wegen des

tiefere Tarife anstreben wollen oder nicht. Hier würden wir es ausserdem begrüessen, wenn im Zuge der Tarifierhöhung ein System geschaffen wird, mit dem auch wirklich bedürftige Leute einen tieferen Preis bezahlen müssen. Auch hier könnte die Kontrolle durch das bereits bestehende Personal abgewickelt werden. Für eine Kontrolle, ob jemand bedürftig ist oder nicht, gibt es externe, kostenlose Angebote, zum Beispiel die Kulturlegi der Caritas. Anschliessend kann ein Besucher an der Kasse seine Kulturlegi vorlegen und so ins Bad gelassen werden. Auch hier gilt wieder, wer nicht anstreben will, bezahlt den vollen Tarif.

In der Antwort wurde ja einiges ausgeführt und übersichtlich dargestellt, dafür besten Dank. Bei uns sind aber noch folgende Anschlussfragen aufgetaucht:

Was heisst eigentlich, der Stadtrat ist daran, ein Gesamtkonzept für die Bewirtschaftung der Parkplätze auszuarbeiten? Wie sieht die Situation bei der Kunsteisbahn aus? Die Elferabos sind ja kombiniert gültig. Somit müsste bei der Eisbahn auch eine Erhöhung stattfinden. Dies wurde aber nirgends erwähnt.

Ich möchte zum Schluss nochmals erwähnen, dass wir einen Rabatt für Einheimische grundsätzlich befürworten können, aber das geplante System nicht gerecht finden.

Gemeinderat Stefan Geiges, Referent im Namen der CVP/EVP-Fraktion: Nachdem ich heute bereits zum zweiten Mal eine grosse Diskussion zum Thema Dialekt ausgelöst habe, probiere ich selbstverständlich auch einmal, Hochdeutsch zu sprechen. Ich musste bereits heute Vormittag in meiner Kantonsratsfraktion mit relativ starken Emotionen dagegen ankämpfen, dass man im Kantonsrat auch weiterhin vernünftig reden kann.

Das Thema Solidarität hat in unserer Fraktion viel zu reden gegeben. Wir sind uns in diesem Punkt auch nicht ganz einig geworden. Wir sind uns aber einig darüber, dass Frauenfeld teure Zentrumsaufgaben übernehmen muss. Dazu gehört unter anderem der ÖV, dazu gehören aber auch der Betrieb und der Unterhalt von teuren, stark defizitären Freizeitanlagen, die vom Frauenfelder Steuerzahler bezahlt werden müssen. Dies ist die eine Seite. Auf der anderen Seite beklagen unsere Nachbardörfer das Lädelerben wegen der grossen Konkurrenz durch die Einkaufszentren in unserer Stadt. Gleichzeitig wird eine S-Bahn-Haltestelle im Osten diskutiert, was mit der Aufhebung der SBB-Haltestelle in einer Nachbargemeinde zusammenfallen könnte. Sie sehen, Solidarität betrifft vieles, nicht nur die Badi, die Kultur oder die Kunsteisbahn. Dies zum Thema Solidarität. Mehrheitlich hat aber die Meinung obsiegt, dass es richtig ist, dass die auswärtigen Benutzer unserer Freizeitanlagen, also des Hallenbads, aber auch der Kunsteisbahn, mehr bezahlen sollten.

Bezüglich der Tarife sind wir uns grundsätzlich darin einig, dass dies in die Kompetenz des Stadtrats fällt. Ob eine Erhöhung der richtige Weg ist, ist eine strategische Frage und bei dieser verlassen wir uns auf die Abklärungen des Stadtrats. Aus der einstimmigen Sicht der CVP/EVP-Fraktion ist aber klar, dass eine Erhöhung der Preise für Einzeleintritte nicht praktikabel ist. Darum begrüessen wir einstimmig die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung, den einheimischen Besuchern einen Rabatt von 15 Prozent auf die Jahresabonnemente zu gewähren.

Bei der Bewirtschaftung der Parkplätze bei der Badi will der Stadtrat noch zuwarten, bis das städtische Parkierungskonzept besteht. Damit ist die CVP/EVP-Fraktion einverstanden. In der Frage der Parkplatzbewirtschaftung vertritt unsere Fraktion aber die Grundhaltung, dass es alle Verkehrsträger braucht, also den ÖV, den Langsamverkehr und den motorisierten Individualverkehr. Das gegenseitige Ausspielen der Verkehrsträger führt nicht zum Ziel. Jede Hochkultur und jede florierende Stadt hat Verkehr, ob wir es wollen oder nicht. Der Verkehr ist auch ein Schlüs-

sel des Erfolgs. Es hilft also nicht weiter, wenn wir den Verkehr verteufeln. Es genügt, wenn wir die verschiedenen Verkehrsträger optimal nutzen. Jeder dort, wo er Vorteile hat. Wir wünschen uns, dass dies der Stadtrat einsieht.

Gemeinderat Andreas Elliker, Referent im Namen der SVP/EDU-Fraktion: Unsere Fraktion begrüsst die vom Stadtrat vorgesehenen Massnahmen der Tarifierpassungen. Die Erhöhung der Eintrittspreise ist aus unserer Sicht verkräftbar. Es ist auch gut, dass der Deckungsgrad der Badeanlage von 59 auf 65 Prozent steigt, wie aus der Interpellationsbeantwortung zu lesen ist. Ein Teil unserer Fraktion hätte auch einen Eintrittspreis von 8 Franken statt wie vorgesehen 7 Franken begrüsst. Wenn man eine Leistung beziehen möchte, soll man auch dafür bezahlen. Bei so tiefen Selbstfinanzierungsgraden wie bei der Badi oder der Kunsteisbahn ist der Ansatz, dass die Nutzer sich auch vermehrt an den Kosten beteiligen sollen, sicher berechtigt. Dies ist ein Beispiel, wie die SVP die städtischen Finanzen nachhaltig in den Griff bekommen will. Wir dürfen uns nicht mehr länger alles auf dem Buckel des Steuerzahlers leisten. Dass die auswärtigen Badebesucher für das Jahresabonnement mehr bezahlen müssen, ist der einzig richtige Weg. Der Interpellant schreibt, dass wir gegenüber den Nachbargemeinden eine gewisse Solidarität haben sollten. Hier nennt er das Beispiel des Soziallastenausgleichs. Dies ist aus unserer Sicht nicht der Fall. Wir profitieren nicht von den Nachbargemeinden. Kollege Stricker, du bist ja mein Nachfolger in der Regio, du wirst schon sehen, wie es mit den Nachbargemeinden ist. Zum Beispiel bei der Spitem zahlt die Stadt auch mehr, seit wir regional angeschlossen sind. Oder vergleichen wir mal die Steuerfüsse mit unseren Nachbargemeinden. Warth-Weiningen, Uesslingen, Felben-Wellhausen, Gachnang sind tiefer als in Frauenfeld.

Wegen der angesprochenen Parkplatzbewirtschaftung: Bei den Sport- und Freizeitanlagen ist unsere Fraktion dagegen, dass man eine Bewirtschaftung einführt. Und es kann nicht sein, wenn diese eingeführt wird, dass der Gemeinderat und die Bevölkerung dazu nichts sagen können. Egal, welches Reglement oder welche höhere Gesetzgebung vorliegt. Und nochmals Kollege Stricker, es hat auch nicht jeder eine Bushaltestelle vor der Haustüre. Ich komme aus dem Wilden Westen und dort ist der Busanschluss nicht gegeben. Ich stelle mir vor, ich habe in zehn Jahren eine Familie mit vier Kindern und will in die Badi gehen. Dann habe ich schon ein bisschen Bedenken, wie ich ohne Auto in die Badi fahren will, um meine Kinder oder meine zukünftige Familie dorthin zu bringen.

Gemeinderat Peter Hausammann: Es hat nun eine ganz lebhaftige Diskussion gegeben. Nicht schlecht. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir ja schön Zeit haben und nicht schon nach 50 Minuten das Sitzungsgeld einstreichen können. Es war wirklich interessant. Aber vielleicht doch noch ein paar Gedanken, nicht direkt zum Solidaritätsprinzip, aber in diese Richtung insbesondere an die lieben Kollegen von der FDP, aber auch sonst an die Leute, die immer mit Finanzen und Steuerzahlern kommen und dass die Steuerzahler das haben müssen, was sie bezahlt haben etc. Zum Solidaritätsprinzip an sich sage ich nichts, das ist ja auch nicht unbedingt als Kernkompetenz der FDP bekannt.

Aber die Frage ist doch – wenn Sie es nicht verstanden haben, was Kollege Benjamin Stricker geschrieben hat – ob Sie es nicht verstehen wollen, ob Sie über die Nasenspitze über Frauenfeld hinausgeschaut haben. Stellen Sie sich vor, wenn man das weiterdenkt. Jedes Institut, das irgendwo gebaut wird, muss unterscheiden, woher die Besucher kommen, und unterschiedliche Preise und Eintritten festlegen. Und überlegen Sie sich, wenn man beim Kanton und beim Bund so denken würde, gäbe es keinen Finanzausgleich, von dem Nota bene der Kanton Thurgau und damit auch Frauenfeld massiv profitiert.

Wer von euch war noch nie in Zürich mit diesen vielen schönen Instituten, den Spitälern, den Universitäten, auf welche die meisten von Ihnen Ihre Kinder hinschicken? Wenn wir dort zahlen müssten, wie wir es mit der Badi machen, wünsch Glück!

Schliesslich noch wegen der Finanzen: Es bringt sicher ein paar Kröten. Aber was haben wir im November, Dezember gehört und werden wir dieses Jahr wieder hören? Die Sozialkosten steigen, steigen, steigen. Wir Frauenfelder sind die armen Cheiben, weil alle zu uns kommen. Die Städte leiden darunter. Und da haben wir einen Sozillastenausgleich, diesen gibt es noch nicht so lange. Bei uns ist er relativ schwach ausgebildet. Wir Frauenfeld und andere Städte profitieren ein wenig davon, und es sind Diskussionen im Gang. Man muss sich in guten Treuen überlegen, ob man das nicht ein bisschen gerechter verteilen will. Auch dort geht es um die Kohle. Dort müsste man sich einsetzen. Für eine gerechtere Verteilung der Sozillasten, die einschenkt, brauchen wir die anderen auch. Da reichen Frauenfeld und Arbon, Kreuzlingen und Romanshorn nicht, da brauchen wir die anderen. Mit solchen Signalen, dass man da kleinlichst nachrechnet – der kommt ja nicht von hier, der muss mehr bezahlen, und dort kommt er auch nicht und da muss er auch noch ein bisschen mehr – dann liefern Sie doch denen genau das Argument, um uns kalten Dingens abblitzen zu lassen.

Stadtrat Ruedi Huber: Ich will mit meinen Ausführungen auch noch etwas mithelfen, damit Peter Hausammann wieder mit einem guten Gewissen nach Hause gehen und sagen kann, ich habe das Sitzungsgeld verdient. Spass beiseite, auch ich sage noch gern etwas zu diesem Thema.

Zuerst ganz herzlichen Dank für Ihre engagierten Voten pro und kontra einer Preiserhöhung bei unserem Hallenbad. Sie ermöglichen uns im Stadtrat, betreffend Badipreisen einen guten Weg zu finden oder anders gesagt, vielleicht auch den am wenigsten schlechten. Das ist ja oft so in der Politik. Ich selber bin der Letzte, der gern Hallenbadpreise erhöht. Mir ist völlig klar, dass ich durch diese Massnahme nicht viele neue Freunde und noch viel weniger Wahlstimmen gewinnen werde. Aber es ist nun mal so, und dafür haben wir auch den Lohn. Meine Hauptaufgabe als Politiker ist es nicht, möglichst viele Freunde zu gewinnen, sondern anstehende Probleme zu lösen, und die haben wir nun mal eben im Bereich der Finanzierung. Wie so oft habe ich eben nur die Wahl zwischen einer unbeliebten und einer sehr unbeliebten Handlungsvariante gehabt. Noch mehr Steuergelder einsetzen oder nach langer Zeit wieder einmal die Preise anpassen auf ein Niveau von einem Humpen Bier, und das bezahlen die meisten jungen Menschen, ob sozial stark oder schwach. Auf eine der beiden Varianten, die ich erwähnt habe, Steuergelder oder Preiserhöhung, mussten wir setzen, wenn wir vom Stadtrat die Badi auf dem heutigen Standard weiter betreiben wollen. Nicht nur ich, sondern der gesamte Stadtrat ist klar der Meinung, dass die Variante mit den moderaten Preiserhöhungen und der moderaten Preisdifferenzierung für Einheimische und Auswärtige der am wenigsten schlechte Weg ist. Und diesen Weg werden wir schon sehr bald einmal auch gehen müssen.

Benjamin Stricker, ein kleinliches Signal: Mir ist nicht ganz klar, was Sie mit der Aussage "kleinliches Signal" meinen. Hätten wir die Differenzierung noch grösser machen sollen? Vielleicht können wir das sonst einmal noch diskutieren. Betreffend Wegzölle: Meiner Meinung nach haben sich Wegzölle eben nicht bewährt, sie sind in den letzten paar hundert Jahren auch abgeschafft worden. Ganz früher gab es in Uesslingen noch einen Brückenzoll. Länder ohne Wegzölle sind in der Regel effizienter als Länder, welche solche Zölle noch haben oder wieder einführen.

Ernst Rüsi, vielen Dank für Ihre Unterstützung unseres geplanten Vorgehens. Auch Ihnen und Frau Duewell herzlichen Dank, Sie haben auch einmal eine Motion betreffend Badipreisen eingereicht, Sie haben diese dann zurückgezogen. Ich hoffe, dass wir Ihren Wünschen einigermaßen entsprechen können.

Einbezug der umliegenden Gemeinden: Die umliegenden Gemeinden sind betreffend den Preis- anpassungen nicht angefragt worden. Eine solche Befragung müsste aus unserer Sicht in einem gesamtheitlichen Rahmen, eben allgemein zum Thema Abgeltung von Zentrumsleistungen erfolgen. Eine Umfrage betreffend Zusammenarbeit bei der Sanierung der Badi können wir uns jedoch im Rahmen einer Gesamt-sanierung des Hallenbads vorstellen. Gemeinden, welche die Sanierung finanziell unterstützen, könnten dann zum Beispiel ebenfalls von reduzierten Badipreisen oder Abopreisen profitieren.

Pascal Frey, die Kunsteisbahn war nicht Thema dieser Interpellation. Sie haben aber recht, es ist tatsächlich so, dass von einer Anpassung der Baditarife automatisch auch die Preise für Einzeleintritte und Elferkarten für die Kunsteisbahn betroffen sein werden. Dies einfach deshalb, weil Kunsteisbahneintrittskarten auch für die Badi gültig sind und umgekehrt. Aber auch bei der Kunsteisbahn liegen die Preise mit im Moment 6 Franken für Erwachsene eher unter dem Durchschnitt gleichartiger Anlagen. Weinfelden 6 Franken, Dübendorf 7 Franken, Schaffhausen 8 Franken, Kreuzlingen Fr. 6.50, Wil 7 Franken bis 9 Franken, Winterthur 8 Franken. Im Gegensatz zur Badi sieht aber der Stadtrat bei der Kunsteisbahn momentan keine Anpassung der Abonnementspreise vor, weil dort das Thema nicht so akut ist, wie bei der Badi.

Zum Kontrollaufwand: Nehmt alle euer Portemonnaie hervor und beweist mir, dass ihr Frauenfelder und Frauenfelderinnen seid. Es ist nicht so einfach. Normalerweise können sich die wenigsten Personen objektiv über ihren aktuellen Wohnort ausweisen. Versuchen Sie es mal. Eine Wohnortskontrolle ist deshalb mit personellem Aufwand verbunden und ein solcher lohnt sich nur beim Kauf eines persönlichen Abonnements, nicht aber beim Bezug von Einzeleintritten oder Streifenkarten. Wir wollen ja nicht einfach mehr Geld einziehen, nur damit wir unser Personal noch mehr beschäftigen können. Das wäre der falsche Weg.

Parkierung: Irgendwie müssen wir bezüglich Badiparkplatz einen Weg finden, dass es auch wieder einige freie Parkplätze dort draussen hat. Im Moment parkieren immer mehr auswärtige Leute dort, die auf den Zug gehen. Dieses Problem können wir aber nicht im Rahmen dieses Badiprojekts oder Preisthemas lösen, sondern das gehört in den Rahmen eines Gesamtkonzepts. Mein Kollege Urs Müller ist schon intensiv daran, hier entsprechende Vorarbeiten zu leisten. Solidarität, Stefan Geiges, auch uns ist sie ein Anliegen. Aus meiner Sicht soll aber die Solidarität nicht nur beim Profitieren funktionieren, sondern auch beim Bezahlen. Diese Grunddiskussion Zentrumsleistungen, Zusammenarbeit Land und Stadt muss wieder einmal gründlich diskutiert werden, damit man da wieder eine saubere Basis hat.

Andreas Elliker, ich habe das schon gemacht, was Sie gesagt haben, ich habe meine vier Kinder schon, ich weiss auch, wie es ist, ohne Stadtbushaltestelle. Da sprechen Sie mir aus dem Herzen. Ich war halt dann auch auf das Auto angewiesen mit einem kaputten Knie und drei Kindern und noch einem Säugling und Enkel dabei, da ist es sicher schwierig mit dem Postauto, das weit weg hält und nur jede Stunde fährt.

Und die Glückwünsche von Peter Hausamman nehme ich selbstverständlich gern auf, wir hoffen auch, dass wir einen guten Weg finden. Betreffend Solidarität habe ich mich ja bereits geäussert.

Soweit von meiner Seite her. Wir werden das ganze Thema jetzt wieder zurücknehmen in den Stadtrat und schlussendlich auf der Basis, wie wir heute diskutiert haben, entscheiden.

Gemeinderatspräsidentin Eveline Buff Kinzel: Wird weiterhin das Wort aus dem Rat gewünscht? Die Diskussion scheint erschöpft. Ich danke dem Interpellanten für den interessanten Vorstoss und die Diskussionsgrundlage.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, den 17. Februar 2016 um 18 Uhr statt. Ich danke für Ihre Mitarbeit in der interessanten Diskussion. Heute waren wir ein Parlament, es wurde fleissig parliert. Dem Stadtrat danke ich für die ausführliche Beantwortung. Besten Dank auch der Stadtgärtnerei für den blumigen Rahmen, ebenso Beat Dürger und seinem Team für seine Unterstützung. Die Gemeinderatssitzung ist somit beendet. Ich entlasse Sie ins grosse Bier. Schönen Feierabend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.20 Uhr

* * *